



Kolping

Zeitenwende

**Reflexionen des Kolpingwerkes
Deutschland zu den
gesellschaftlichen, politischen und
wirtschaftlichen Folgen der
Corona-Pandemie**

Kölner Schriften des Kolpingwerkes Deutschland
Sonderausgabe 09/2020

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 4 Vorwort
- 6 **Zeitenwende – Reflexionen des Kolpingwerkes
Deutschland zu den gesellschaftlichen, politischen
und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie**
- Die Pandemie zeigt:**
- 7 Es braucht ein mutiges Handeln und neue Prioritäten
für die Zukunft
- 8 Große Herausforderungen können nur in der
Weltgemeinschaft gelöst werden
- 9 Die Entwicklungszusammenarbeit muss intensiviert werden
- 9 Es braucht mehr europäische Gestaltungskompetenzen
- 11 Es braucht einen starken Sozialstaat
- 12 Es braucht eine ökonomische Neuausrichtung
- 14 Generationengerechtigkeit darf nicht aus dem Blick geraten
- 15 Es braucht Wissenschaft und Forschung
- 16 Es braucht eine Neuausrichtung der Familienpolitik
- 17 Auch unser engagiertes Handeln als Christinnen und Christen
ist gefragt
- 19 Das Kolpingwerk Deutschland
- 19 Verband der Kolpinghäuser
- 20 Verband der Kolping-Bildungsunternehmen
- 21 Kolping in 12 Sätzen
- 23 Kölner Schriften des Kolpingwerkes

Vorwort

Wir alle hätten uns zu Beginn des Jahres nicht vorstellen können, was in diesem Jahr Wirklichkeit geworden ist: Ein Virus stellt unser gesamtes Leben auf den Kopf. Leergefegte Dörfer und Innenstädte, Ausgangsbeschränkungen, Kontaktverbote, Quarantäne für viele Menschen, Absagen aller öffentlichen Veranstaltungen. Die Bewegungsfreiheit jedes Einzelnen wurde in noch nie da gewesenem Maße begrenzt; selbstverständlich geglaubte Freiheiten temporär ausgesetzt. Es war ein Ausnahmezustand, wie ihn die meisten von uns noch nie erlebt haben – mit gravierenden Auswirkungen für Gesellschaft und Kirche, Verbände und Vereine, wie auch für uns im Kolpingwerk.

In unserem Land erleben wir bereits seit einigen Jahren Umbrüche in Gesellschaft und Wirtschaft, Politik und Kirche. Globalisierung, Digitalisierung und der demografische Wandel sind prägende und schleichende Ursachen dieses Umbruchs. Die Corona-Pandemie samt ihrer Folgen stellt hingegen einen epochalen Einschnitt dar, der globale, europäische sowie nationale Herausforderungen mit sich bringt. In dem Bewusstsein, dass Krisen mutiges Handeln brauchen, hat der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland im August 2020 die hier dokumentierte Erklärung beschlossen. Darin bezieht das Kolpingwerk – es gehört zu den großen katholischen Sozialverbänden Deutschlands – zu folgenden Fragestellungen Position und ruft zum Dialog auf:

- Die Pandemie zeigt: Es braucht ein mutiges Handeln und neue Prioritäten für die Zukunft.
- Die Pandemie zeigt: Große Herausforderungen können nur in der Weltgemeinschaft gelöst werden.
- Die Pandemie zeigt: Die Entwicklungszusammenarbeit muss intensiviert werden.

- Die Pandemie zeigt: Es braucht mehr europäische Gestaltungskompetenzen.
- Die Pandemie zeigt: Es braucht eine ökonomische Neuausrichtung.
- Die Pandemie zeigt: Generationengerechtigkeit darf nicht aus dem Blick geraten.
- Die Pandemie zeigt: Es braucht Wissenschaft und Forschung.
- Die Pandemie zeigt: Es braucht eine Neuausrichtung der Familienpolitik.
- Die Pandemie zeigt: Auch unser engagiertes Handeln als Christinnen und Christen ist gefragt.

Die Pandemie zeigt uns eindringlich auf, wie abhängig wir alle voneinander sind. Dass jeder Einzelne von uns nicht sicher leben kann, ohne die Bedürfnisse und Interessen des Anderen zu achten. Als Kolpingmitglieder sind wir alle aufgefordert uns ohne Angst, dafür aber mit Zuversicht und im Vertrauen auf unsere christlichen Werte, einzumischen und die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft mitzugestalten. Orientierung für ein dem Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit verpflichtetes Handeln sind dabei zugleich die Prinzipien der katholischen Soziallehre: Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Gerade als Christinnen und Christen sind wir gefordert, angesichts von Krisen zu reagieren, auch wenn diese uns augenblicklich gerade nicht persönlich betreffen oder berühren. Ungerechtigkeit und Verelendung, Armut und Hunger – gleich wo auch immer weltweit – darf uns nicht gleichgültig sein.

Ulrich Vollmer, Bundessekretär
Köln, im September 2020

Zeitenwende

Reflexionen des Kolpingwerkes Deutschland zu den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie

Unsere Gesellschaft befindet sich bereits seit mehreren Monaten in einem Zustand, der für alle Bürgerinnen und Bürger mit großen Veränderungen einhergeht. Familien, Betriebe und Unternehmen, Vereine und Verbände sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften mussten unmittelbar nach Bekanntwerden der geltenden Kontaktbeschränkungen ihre gewohnten Abläufe und Routinen verändern und sich einer neuen Realität stellen.

Innereuropäische Grenzen wurden wieder sichtbar, weltweites Reisen vollständig eingestellt. Der persönliche Kontakt zwischen Freundinnen und Freunden sowie Verwandten war über viele Wochen eingeschränkt, weitestgehend sogar untersagt. Die Bewegungsfreiheit jedes Einzelnen wurde in noch nie da gewesenem Maße begrenzt; selbstverständlich geglaubte Freiheiten temporär ausgesetzt.

Trotz aller Härten herrscht dennoch ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die gemeinsamen von Bund und Ländern angesichts der Pandemie beschlossenen Maßnahmen notwendig wa-

ren, um die Gesellschaft vor den Gefahren des Corona-Virus zu schützen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist solidarisch und respektvoll und hält sich an vorgegebenen Kontakteinschränkungen und Hygienebestimmungen. Damit übernehmen sie zugleich Verantwortung für ihre Mitmenschen.

Bereits seit einigen Jahren erleben wir in unserem Land Umbrüche in Gesellschaft und Wirtschaft, Politik und Kirche. Globalisierung, Digitalisierung und der demografische Wandel sind prägende und schleichende Ursachen dieses Umbruchs. Die Corona-Pandemie samt ihrer Folgen stellt hingegen einen epochalen Einschnitt dar, der globale, europäische sowie nationale Herausforderungen mit sich bringt.

In dem Bewusstsein, dass Krisen mutiges Handeln brauchen, bezieht das Kolpingwerk zu einigen Fragestellungen Position und ruft zum Dialog auf, um die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zur Diskussion zu bringen und eine Zeitenwende herbeizuführen.

Die Pandemie zeigt: Es braucht ein mutiges Handeln und neue Prioritäten für die Zukunft

Den politischen VerantwortungsträgerInnen im Bund und in den Ländern kommt bei der Eindämmung, Bekämpfung und Bewältigung der Pandemie die tragende Rolle zu. Die Bürgerinnen und Bürger blicken erwartungsvoll darauf, was die Bundesregierung in Absprache mit den Landesregierungen entscheidet. Doch abseits kurz- und mittelfristiger Maßnahmen wird schon jetzt offensichtlich, dass die Folgen der Pandemie die Zukunft Deutschlands, Europas und der Welt insgesamt maßgeblich prägen werden.

Aus Sicht des Kolpingwerkes bedarf es eines tiefgreifenden Umdenkens. Es müssen neue Prioritäten gesetzt werden – weg von einer einseitig betriebenen Profitlogik und hin zu einem mehr solida-

rischen und nachhaltigen sowie gemeinwohlorientierten Denken und Handeln. Die Pandemie ist die Gelegenheit, bisherige Wirtschaftspolitik kritisch zu überdenken und neue Ziele zu setzen, um Deutschland und Europa handlungsfähig und krisenfester aufzustellen. Hierzu müssen gewaltige Initiativen ergriffen und Anstrengungen unternommen werden – nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene. Aus der Pandemie jetzt die richtigen Lehren zu ziehen bedeutet: Verantwortlich handeln!

Die Pandemie zeigt: Große Herausforderungen können nur in der Weltgemeinschaft gelöst werden

Die meisten Gesellschaften sind Teil einer immer stärker vernetzten Weltgemeinschaft. Ein reger Austausch zwischen Völkern stärkt das gegenseitige Verstehen und Verständnis für andere Kulturen. In der gegenwärtigen Krise zeigen sich allerdings auch die Nachteile einer starken transnationalen Vernetzung. Gefahren, wie ein Virus, können sich schnell verbreiten und bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme mit voller Wucht treffen und überfordern.

Die Pandemie verdeutlicht, wie abhängig und gleichzeitig hilflos Gesellschaften in einer globalisierten Welt sind. Überall – auf internationaler, europäischer und nationalstaatlicher Ebene – wird offensichtlich: Die aktuelle Pandemie trifft alle – die Industriestaaten, vor allem aber die Entwicklungs- und Schwellenländer – hart und unvorbereitet. Es bedarf einer stärkeren Vernetzung zwischen Staaten, aber vor allem auch mehr Transparenz, z.B. durch einen verbindlichen Frühwarnmechanismus der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Vorgaben der WHO zur Vorbeugung von Epidemien sind mit einer höheren Verbindlichkeit durch die Mitgliedsländer umzusetzen.

Die Pandemie zeigt: Die Entwicklungszusammenarbeit muss intensiviert werden

Neben der aktuellen vor allem humanitären Hilfe und Unterstützung wird insbesondere auch zukünftig ein hohes entwicklungspolitisches Engagement dringend erforderlich sein. Die gezielte Förderung von Entwicklungs- und Schwellenländern durch die Industriestaaten darf nicht vernachlässigt, sondern muss ausgebaut werden. Dabei wird der Fokus auf die Gewährung von finanziellen Hilfsmitteln und Krediten nicht ausreichen, um die sich abzeichnenden humanitären Verwerfungen in Afrika sowie Teilen Asiens und Lateinamerikas einzudämmen.

Es bedarf eines gerecht gestalteten Welthandels, zum Beispiel beim Handel mit landwirtschaftlichen Gütern. Europa sowie die anderen industrialisierten Wirtschaftsräume dürfen sich in der Folge der Pandemie nicht in Abschottung begeben, sondern müssen entschieden dafür eintreten, dass der internationale Freihandel zukünftig fair gestaltet wird. Denn vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern stellen nicht nur der Corona-Virus als solcher, sondern vor allem auch seine wirtschaftlichen Folgen eine lebensbedrohliche Gefahr dar.

Die Pandemie zeigt: Es braucht mehr europäische Gestaltungskompetenzen

Seit ihrer Gründung ist die Europäische Union ein Garant für Frieden und Wohlstand. Doch wie schon bei vorherigen Krisen – wie der Eurokrise oder der Flüchtlingskrise – zeigt sich, dass Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten keine Selbstverständlichkeit ist. Krisen wirken in der Europäischen Union tendenziell spaltend und nicht vereinend. Dies unterstreicht auf tragische Weise, dass sich die Zukunft des europäischen Projekts auf einem wackligen Fundament befindet. Die Aussetzung des Schengen-Abkommens in Folge der Pandemie verleiht der Situation eine traurige Symbolik.

In Fragen von Gesundheitspolitik und -prävention verfügt die Europäische Union über wenige Kompetenzen. Dadurch wird die Europäische Kommission durch die Mitgliedsstaaten und ihre Partikularinteressen erheblich eingehegt. Angesichts der aktuellen Krise zeigt sich jedoch, dass Europa ein eigenes Entscheidungsverfahren entwickeln muss, das die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität auch in sozialpolitischen Fragen in ein ausgewogenes Gleichgewicht bringt. Auf europäischer Ebene wird sich ein eigener Krisenmechanismus herausbilden müssen, der es ermöglicht, gemeinsam und unverzüglich im Katastrophenfall zu reagieren.

Im Sinne eines vorausschauenden Krisenmanagements müssen Fördermittel und Kredite für grenzüberschreitende Krisenszenarien dauerhaft verfügbar sein und nicht erst verhandelt werden, wenn eine derartige Krisensituation eintritt. Die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds, der sich aus Zuschüssen und Krediten zusammensetzt, stellt hierbei einen ersten Schritt dar. Gleichzeitig muss das Krisenmanagement so strukturiert sein, dass es nicht zum politischen Streit führt. Dabei muss der Europäischen Kommission eine Führungsrolle zukommen.

Es bedarf einer allgemeinen Bereitschaft zum Ausbau solidarischer Mechanismen. Dabei stehen wirtschaftlich starke Mitgliedsstaaten wie Deutschland in einer besonderen Verantwortung und müssen auch gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern kausale Zusammenhänge vermitteln: Wenn einzelne Volkswirtschaften in der Eurozone wirtschaftlich straucheln, dann gefährdet dies nicht nur die Prosperität der heimischen Exportwirtschaft und das allgemeine Wohlstandsniveau, sondern in aller Konsequenz auch die gemeinsame Währung, den Euro.

Die Pandemie zeigt: Es braucht einen starken Sozialstaat

Trotz der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit und europäischer Solidarität bleibt die Eindämmung und Bewältigung der Pandemie eine Herausforderung, die ohne nationalstaatliches Handeln nicht umgesetzt werden kann. Hierbei kommt den einzelnen Staaten und ihren Regierungen die entscheidende Rolle zu.

Deutschland hat schnell und effizient auf die Pandemie reagiert. Durch einen frühen Lockdown und ein stabiles Gesundheitssystem mit hohen Intensivkapazitäten konnte der Anstieg der Infektionszahlen auf einem moderaten Niveau gehalten und die Zahl der Todesfälle im internationalen Vergleich niedrig gehalten werden. Deutlich geworden ist, dass Deutschland über eines der effizientesten Gesundheitssysteme der Welt verfügt. Dennoch hat die Pandemie auch das hiesige Gesundheitssystem teils unvorbereitet getroffen.

Intensivkapazitäten müssen auch nach bestandener Krise in hohem Maße aufrechterhalten werden. Dies bedingt eine Abkehr von profitorientiertem Handeln im Krankenhaussektor. Denn Krankenhäuser müssen – genauso wie Senioreneinrichtungen – wirtschaftlich geführt werden, dürfen aber keine Profitzentren sein. Sie müssen Gesundheitseinrichtungen sein, die ausschließlich dem Gemeinwohl dienen. Schutzmaterialien, Medikamente und medizinische Instrumente müssen künftig in ausreichenden Beständen vorhanden sein. Der Aufbau von Vorräten darf keinem Gewinndenken unterliegen. Zudem müssen heimische Produktionskapazitäten aufgebaut und damit die einseitige Abhängigkeit vom Weltmarkt im Bereich medizinisch notwendiger Produkte verringert wird.

Unabhängig dieser Rahmenbedingungen müssen Tätigkeiten u.a. im Bereich der Pflege eine gesellschaftliche Aufwertung erfahren, die sich auch in einer höheren Entlohnung widerspiegeln muss. In der aktuellen Krise darauf hinzuweisen ist nicht ausreichend. Es braucht

einen allgemeinverbindlich bundesweiten Tarifvertrag. Ebenso bedarf die Situation von ArbeitsmigrantInnen, die oftmals unmenschliche Arbeitsbedingungen vorfinden, einer dringenden Klärung.

Die Pandemie zeigt: Es braucht eine ökonomische Neuausrichtung

Neben dem vorrangigen Ziel der vergangenen Monate – der Sicherung der allgemeinen Gesundheit – sieht sich die Gesellschaft zunehmend mit den gravierenden Folgen eines wochenlangen Lockdowns konfrontiert. Durch die Aussetzung weiter Teile des globalen und heimischen Wirtschaftskreislaufs ist der ökonomische Erfolg des vergangenen Jahrzehnts in Deutschland zum Stillstand gekommen und läuft Gefahr, nachhaltigen Schaden zu nehmen. Dies hat wiederum Auswirkungen auf den deutschen Wohlfahrtsstaat. Kurzfristig greifende Instrumente wie das Kurzarbeitergeld und Überbrückungskredite für Betriebe und Unternehmen helfen dabei, den Ausfall wirtschaftlicher Aktivität finanziell abzufedern. Sie bieten vorübergehend ein Sicherheitsnetz und schützen damit vor einem tiefen Fall in finanzielle Not.

Um ein Funktionieren der deutschen Volkswirtschaft auch in dieser Ausnahmesituation zu garantieren, hat der Bundestag einen Nachtragshaushalt beschlossen, der eine Neuverschuldung im dreistelligen Milliardenbereich vorsieht. Dass Deutschland in der Lage ist, eine so riesige Summe zur Stützung wirtschaftlicher und weiterer Aktivitäten zu realisieren, wirkt auf den ersten Blick beruhigend. Langfristig wird allerdings nur die Rückkehr zu völliger wirtschaftlicher Aktivität das Wohlstandsniveau sichern können.

Eine Debatte über das bestehende Wirtschaftssystem muss auch die Förderpraxis von Nationalstaaten und der Europäischen Union in den Blick nehmen. Primäre Kategorien müssen Nachhaltigkeit, Natur- und Klimaschutz genauso sein wie die Orientierung an einer sozialeren und gerechteren Gesellschaft. Außerdem ist zu berück-

sichtigen, dass vor dem Hintergrund der aktuell entstandenen Schuldenlast nicht überproportional auf bereits bestehende Vorhaben in der Sozialpolitik, wie die Einführung einer Grundrente, und Nachhaltigkeitspolitik verzichtet wird.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, in welchen gesellschaftlichen Bereichen das Gemeinwohl aller auf den Schultern weniger Menschen verteilt wird, die sich ehrenamtlich engagieren. Hier bedarf es zielgenauer Unterstützung und Förderung von Strukturen, die ehrenamtliches Engagement ermöglichen. Nicht aus dem Blick geraten darf, dass viele Betriebe und Unternehmen vielen jungen Menschen durch Ausbildung und Qualifikation einen Einstieg in die Erwerbsarbeit ermöglichen.

Es deutet sich an, dass durch die Krise viele Ausbildungsmöglichkeiten unmittelbar betroffen sind. Angesichts ungewisser wirtschaftlicher Aussichten werden deutlich weniger Betriebe und Unternehmen ausbilden, als dies bisher der Fall gewesen ist. Gerade der Rückgang der Ausbildungstätigkeit bei diesen und die immer noch hohe Anzahl an jungen Menschen, die bereits in den vergangenen Jahren keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, macht es nötig, hier aktiv zu werden. Die berufliche Ausbildung ist nicht nur eine Aufgabe der Wirtschaft, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung. Die Ausbildung und Qualifikation junger Menschen darf in der beruflichen wie in der akademischen Bildung den Staat etwas kosten und muss für ihn gleichwertig sein. Erfreulich ist, dass ein Ausbildungsbonus entschieden wurde. Betriebe für ihre Leistungen zu belohnen, ist der richtige Weg. Zudem bedarf es entsprechender Förderprogramme für junge Menschen mit Startschwierigkeiten, um ihnen einen Zugang zu einer beruflichen Ausbildung und Qualifikation – und damit eine Zukunftsperspektive – zu ermöglichen.

Bei der Förderung müssen klein- und mittelständische Betriebe und Unternehmen im Mittelpunkt stehen, die in der gegenwärtigen Krise oftmals in ihrer Existenz bedroht sind. Dies trifft auch auf ge-

meinnützige Unternehmen und Organisationen aus dem Bereich der Sozialwirtschaft zu. Diese sind stark an gesellschaftlichen, kulturellen oder karitativen Belangen orientiert und bilden damit einen wesentlichen Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft. Zudem stellen sie ein wesentliches sozioökonomisches Potenzial unserer Gesellschaft.

Die Pandemie zeigt: Generationengerechtigkeit darf nicht aus dem Blick geraten

Handel, Gastronomie und viele andere Bereiche sind im Zuge der Pandemie über mehrere Wochen weitestgehend zum Erliegen gekommen. Dies hat nicht nur für den Umsatz von Unternehmen, sondern vor allem für Beschäftigte gravierende Folgen. Mit dem Kurzarbeitergeld gibt es ein bewährtes und unmittelbar greifendes Instrument, um in einer solchen Extremsituation einen schnellen Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein Abdriften vieler Erwerbstätiger in Armut zu vermeiden. Trotz dieses Sicherheitsnetzes verschlagen die bloßen Zahlen jedoch den Atem: Die Bundesagentur für Arbeit rechnet mit bis zu 10 Millionen Anträgen auf Kurzarbeit für dieses Jahr – ein Vielfaches im Vergleich zur Finanzkrise 2008/2009. Mittelfristig werden die Rücklagen der Bundesagentur nicht ausreichen, um diesen Bedarf zu decken.

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wirken sich zudem negativ auf die anderen Sozialversicherungszweige aus: Von der Renten- über die Kranken- bis hin zur Pflegeversicherung sinken die Beitragseinnahmen. Insofern muss es auch aus sozialpolitischem Interesse Ziel aller politischen Maßnahmen sein, Beschäftigten möglichst schnell wieder die Rückkehr ins Arbeitsleben zu ermöglichen. Denn die vollständige Rückkehr zur gewohnten wirtschaftlichen Aktivität ist und bleibt das beste Mittel, um die sozialen Sicherungssysteme zu entlasten und zu sichern.

Mit dem zuletzt vorgestellten Konjunkturpaket verbreitet die Bundesregierung Zuversicht, dass mit staatlich gelenkten Impulsen der Pfad zu Wachstum und Wohlstand schnell wieder erreicht werden kann. Dank einer bisher soliden Verschuldungsquote verfügt Deutschland über einen großen Handlungsspielraum zur Aufnahme von Krediten. Große Investitionen zur wirtschaftlichen Abfederung der Krise sind sicherlich alternativlos. Die Investitionen müssen sich jedoch an ihrem Zukunftspotenzial messen lassen. Dann sind sie auch gerechtfertigt. Investitionen dürfen nicht primär zur kurzfristigen Konsumsteigerung dienen, sondern für langfristige Zukunftssicherung herangezogen werden: in Bildung, Infrastruktur und den beschleunigten Ausbau innovativer Wirtschaftsbereiche. Insofern kann die Corona-Pandemie auch als Chance begriffen werden.

Dennoch darf die aktuelle Zuversicht nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kredite von heute die Schulden von morgen sind. Die langfristigen Auswirkungen des aktuellen Konjunkturpakets sind noch nicht genau absehbar. Klar ist jedoch, dass aktuelle und zukünftige Generationen einen erheblichen Teil der Lasten tragen werden. Je weniger die aktuellen Schulden in die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft fließen, umso eher werden sie zur Hypothek für zukünftige Generationen. Mit Blick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte werden bisherige Subventionen, steuerliche Förderungen und steuerfinanzierte Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Die Pandemie zeigt: Es braucht Wissenschaft und Forschung

Die Pandemie macht deutlich, welche herausragende Rolle Wissenschaft und Forschung in allen Bereichen der Gesellschaft hat. Staatliche Förderpolitik muss prüfen, ob Wissenschaft und vor allem Forschung hinreichend gefördert werden. Das gilt insbesondere für das Verhältnis der Forschung in öffentlicher und privater Verantwortung. Dass Konzerne und Unternehmen vorrangig aufgrund ent-

sprechender Gewinnaussichten über Forschungsvorhaben entscheiden, ist legitim. Dennoch darf Gewinnaussicht nicht das einzige Kriterium für die Frage sein, was erforscht wird und was nicht. Die marktunabhängige Forschung an Universitäten und Hochschulen muss forciert werden.

Die Pandemie zeigt: Es braucht eine Neuausrichtung der Familienpolitik

Die Pandemie hat gezeigt, dass die damit verbundenen Risiken unterschiedlich verteilt sind. Viele Menschen müssen Lohnkürzungen, Kurzarbeit oder sogar Arbeitslosigkeit hinnehmen und sehen sich damit in ihrer Existenz bedroht. Andere hingegen kommen wirtschaftlich unbeschadet durch die Krise. Die Risiken sind ungleich verteilt. In der Folge muss eine Debatte über eine gerechte und solidarische Risikoverteilung geführt werden. Wenn Krisen wie die Pandemie dazu führen, dass Schwache und Schutzlose noch weiteren Existenzgefahren ausgesetzt sind und andere Gruppen dieses Risiko nicht tragen müssen, ist dies ungerecht und wird zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen.

Im Zuge der aktuellen Krise sind Eltern bzw. Alleinerziehende und ihre Kinder in besonderer Weise betroffen. Während die Familienpolitik ihren Fokus seit Jahren darauf legt, die Erwerbsbeteiligung insbesondere der Eltern und Alleinerziehenden zu steigern und damit einhergehend Betreuungsplätze ausgebaut werden, hat sich der Alltag für diese in Zeiten der Pandemie in eine andere Richtung entwickelt. Denn innerhalb kürzester Zeit musste deren Nahbereich neu organisiert werden. Kinder und Erziehende wurden unmittelbar aus ihrem bisherigen Alltagsleben herausgerissen. Eine Arbeitsteilung in den Bereichen Betreuung und Bildung zwischen Bildungsinstitutionen und Erziehenden war nicht mehr möglich. Dies verstärkt auch bestehende Ungleichheiten: Die Voraussetzungen für das sogenannte Homeschooling sind ungleich verteilt. Nicht alle Kinder erfahren von ihren Eltern ideelle, materielle und emotionale

Unterstützung. Die Einschränkung und der Abbruch zahlreicher Kontakte zur Schule sowie zu außerschulischen Einrichtungen stellen für viele Kinder und Jugendliche eine massive Beeinträchtigung dar. Erziehende und Pflgende müssen den Anforderungen ihrer Familienangehörigen sowie denen der Arbeitswelt oder den Sorgen um die eigene berufliche Situation gerecht werden.

Die Entwicklungen zeigen, auf welch fragile Grund das bisherige Verhältnis zwischen Familienarbeit und Erwerbsarbeit ohnehin gebaut ist: Familienpolitik muss sich als eigenständiges Politikfeld im Zusammenspiel mit weiteren Politikfeldern behaupten und darf sich nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes unterordnen. Die benannten Fehlentwicklungen zeigen sich auch darin, dass das Bundesfamilienministerium im Hinblick auf das Corona-Konjunkturpaket primär auf kurzfristige zusätzliche Konjunkturimpulse abzielt. Dies stellt eine unzulässige Verkürzung dar, die den Alltag zahlreicher Eltern und ihrer Kinder aus den Augen verloren hat. Familienpolitik hat sich an den Lebenslagen und Bedürfnissen aller Familien zu orientieren. Primärer Bezugspunkt ist der Alltag von Familien und nicht die Interessen der Wirtschaft. Diese Perspektive berücksichtigt den wesentlichen Beitrag, den Familien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Sorgearbeit – Erziehung, Betreuung, Pflege – wird tagtäglich in Familien geleistet. Familien sind bei der Erziehung, Betreuung und Pflege ihrer Angehörigen zu unterstützen und zu entlasten.

Die Pandemie zeigt: Auch unser engagiertes Handeln als Christinnen und Christen ist gefragt

Die Pandemie zeigt uns eindringlich auf, wie abhängig wir alle voneinander sind. Sie verdeutlicht, dass niemand sicher leben kann, ohne die Bedürfnisse und Interessen der anderen zu achten. Als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert, uns ohne Angst, mit Zuversicht und im Vertrauen auf die christlichen Werte einzumischen und die notwendigen Veränderungen in unserer Gesell-

schaft mitzugestalten. Orientierung für ein dem Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit verpflichtetes Handeln sind dabei zugleich die Prinzipien der katholischen Soziallehre, Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Gerade als Christinnen und Christen sind wir gefordert, angesichts von Krisen zu reagieren, auch wenn diese uns augenblicklich gerade nicht persönlich betreffen oder berühren. Ungerechtigkeit und Verelendung, Armut und Hunger – gleich wo auch immer weltweit – dürfen uns nicht gleichgültig sein.

Beschlossen vom Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland
am 29. August 2020 in Frankfurt

Das Kolpingwerk Deutschland

Das Kolpingwerk Deutschland ist ein generationsübergreifender und katholischer Sozialverband mit bundesweit 225.000 Mitgliedern in 2.350 Kolpingsfamilien. Davon gehören etwa 35.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene der Kolpingjugend an. Es ist Teil von Kolping International und von Kolping Europa.

Im Sinne Adolph Kolpings will der Verband Bewusstsein für verantwortliches Leben und solidarisches Handeln fördern. Dabei versteht sich das Kolpingwerk als Weg-, Glaubens-, Bildungs- und Aktionsgemeinschaft. Schwerpunkte des Handelns sind die Arbeit mit jungen Menschen und für junge Menschen, unser Engagement in der Berufs- und Arbeitswelt, der Einsatz für Familien sowie für die Eine Welt.

Verband der Kolpinghäuser

Im Verband der Kolpinghäuser haben sich bundesweit mehr als 200 Kolpinghäuser zusammengeschlossen. Die grundsätzliche Zielsetzung, die Adolph Kolping mit der Errichtung der katholischen Gesellenhäuser verband, ist auch heute Ermutigung und Herausforderung zugleich. Kolpinghäuser stehen heute als Jugendwohnheime und Familienferienstätten, Hotels und Gästehäuser, Vereins- und Tagungshäuser, als Bildungs- und Begegnungszentren sowie als Veranstaltungszentren im Dienst an den Menschen. In den Kolpinghäusern gibt es eine wertschätzende Atmosphäre, Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen werden ernst genommen.

Kolpinghäuser werden von den örtlichen Kolpingsfamilien sowie von kirchlichen und gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen für bildende und gesellige Zwecke genutzt. Vielfach gibt es personelle Verknüpfungen zwischen der Kolpingsfamilie vor Ort und dem Trägerverein des Kolpinghauses. Vorstand, Verwaltungsrat und Mit-

glieder im Verband der Kolpinghäuser verstehen sich als Teil einer Solidaritäts- und Qualitätsgemeinschaft. Mit seiner Geschäftsstelle in Köln ist der Verband der Kolpinghäuser als Dienstleister in diesem Sinne tätig.

Verband der Kolping-Bildungsunternehmen

Der Verband der Kolping-Bildungsunternehmen Deutschland e.V. ist ein freiwilliger Zusammenschluss von 21 regional selbstständigen Kolping-Bildungsunternehmen sowie dem Kolpingwerk Deutschland. Er repräsentiert ca. 6.200 hauptberufliche Mitarbeitende, die hauptsächlich in den Bereichen Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung tätig sind. Jährlich werden die werteorientierten Angebote – Kurse und Lehrgänge – von über 120.000 Teilnehmenden wahrgenommen.

Die bei den Mitarbeitenden in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik vorhandenen Kompetenzen werden genutzt, um lösungsorientierte und zeitgemäße Angebote anzubieten. Durch kundenorientierte Dienstleistungen am Menschen und an der Gesellschaft leisten die Kolping-Bildungsunternehmen – ganz im Sinne Adolph Kolpings und orientiert am Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland – zugleich einen inhaltlichen Beitrag, notwendige Entwicklung in unserer Gesellschaft voranzutreiben.

Kolping in 12 Sätzen

Wir laden ein und machen Mut zur Gemeinschaft.

Wir handeln im Auftrag Jesu Christi.

Wir nehmen uns Adolph Kolping zum Vorbild.

Wir sind in der Kirche zu Hause.

Wir sind eine generationenübergreifende familienhafte Gemeinschaft.

Wir prägen als katholischer Sozialverband die Gesellschaft mit.

Wir begleiten Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Bildung.

Wir eröffnen Perspektiven für junge Menschen.

Wir vertreten ein christliches Arbeitsverständnis.

Wir verstehen uns als Anwalt für Familie.

Wir spannen ein weltweites Netz der Partnerschaft.

Wir leben verantwortlich und handeln solidarisch.

Bisher erschienen

...in der Reihe der „Kölner Schriften“:

Band 1

„Arbeit neu begreifen“ – Sozialpolitisches Grundlagenpapier des Kolpingwerkes Deutschland, Beschluss des Bundesvorstandes 2008 (2008)

Band 2

Prof. Dr. Norbert Lammert, „Verfassungspatriotismus und Leitkultur“ – Kölner Gespräche 2006 (2006)

Band 3

Prälat Norbert Feldhoff, „Die Kirche und das liebe Geld“ – Kölner Gespräche 2007 (2008)

Band 4

„Ehe, Familie, Lebenswege – Herausforderungen für das Kolpingwerk Deutschland“, Beschluss des Bundeshauptausschuss 2009 in Paderborn (2010)

Band 5

„Das Herz zum Pfande eingesetzt“ – Festakademie aus Anlass des 80. Geburtstages von Generalpräses a. D. Prälat Heinrich Festing am 4. Dezember 2020 in Köln (2011)

Band 6

„Bildung“ – Grundlagenpapier des Kolpingwerkes Deutschland, Beschluss des Bundeshauptausschusses 2011 in Frankenthal (2012)

Band 7

„Die Einrichtungen und Unternehmen im Kolpingwerk Deutschland“ – Grundlagenpapier des Kolpingwerkes Deutschland, Beschluss der Bundesversammlung 2008 in Essen (2012)

Band 8

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, „Wählen und Regieren in Zeiten der Krise“ – Kölner Gespräche 2011 (2012)

Band 9

Bundespräsident Joachim Gauck, „Kolping – eine Geschichte mit Zukunft“ Festakt zum 200. Geburtstag von Adolph Kolping am 2. Februar 2013 – Kölner Gespräche 2013 (2013)

Band 10

Mut tut gut – Ausstellung „Kolping – verantwortlich leben, solidarisch handeln – Das Kolpingwerk Deutschland“ zum Kolpingtag 2015 in Köln (2015)

Band 11

Mut tut gut – Ausstellung „Wer Menschen gewinnen will, muss sein Herz zum Pfande einsetzen – Adolph Kolping und seine Nachfolger“ zum Kolpingtag 2015 in Köln (2016)

Band 12

Mut tut gut – Ausstellung „Die Zukunft gehört Gott und den Mutigen – Adolph Kolping 1813 – 1865“ zum Kolpingtag 2015 in Köln (2016)

Band 13

Erzbischof Dr. Ludwig Schick, „Auf dem Glauben ruht das Leben – Warum Adolph Kolping ein glühender Verfechter des Zweiten Vatikanischen Konzils wäre“ – Kölner Gespräche 2015 (2016)

Band 14

Dr. Hubertus Schönemann, „Jugend ohne Kirche – Kirche ohne Jugend – Impulse für ein neues Kirchenverständnis“ – Kölner Gespräche 2016 (2017)

Band 15

50 Jahre Frauen und Männer im Kolpingwerk – Dokumentation der Veranstaltung Denk-mal am 3. Oktober 2016 in Frankfurt (2017)

Band 16

Prof. Dr. Thomas Sternberg, „Hoffnungszeichen – Impulse für ein gemeinsames christliches Engagement in der Gesellschaft“ – Kölner Gespräche 2017 (2017)

Band 17

Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, „Deutschland – Einwanderungsland? – Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht Zuwanderung in Deutschland?“ – Kölner Gespräche 2018 (2018)

Band 18

„Kompetenzen erkennen und anerkennen“ – Dokumentation der Fachtagung des Kolpingwerkes Deutschland am 15. September 2016 in Frankfurt (2018)

Band 19

Abschlussbericht zum Modellprojekt – „Wie müssen die Bereiche Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit zusammenarbeiten, um rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen zurückdrängen zu können?“ (2020)

Die Veröffentlichungen stehen online als Download zur Verfügung und sind zugleich als Printausgaben im Bundessekretariat erhältlich.

Download-Link: www.kolping.de/service-shop/downloads/publikationen

Impressum

Kolpingwerk Deutschland
St.-Apern-Straße 32, 50667 Köln
T +49 221 20701-100
F +49 221 20701-149
info@kolping.de
www.kolping.de
Verantwortlich: Ulrich Vollmer
Gestaltung: Renate Wiegels / Stefan Sorek
Köln, September 2020



Kolpingwerk Deutschland

St.-Apern-Straße 32

50667 Köln

www.kolping.de